

## Anklage: Mann fährt Säugling tot

26-Jähriger erfasst Kinderwagen

**Göttingen.** Der Tod eines wenige Wochen alten Säuglings nach einem schweren Verkehrsunfall im Kreis Göttingen bekommt jetzt ein strafrechtliches Nachspiel. Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat einen 26 Jahre alten Pkw-Fahrer aus dem Landkreis Göttingen wegen vorsätzlicher Straßenverkehrsgefährdung und fahrlässiger Tötung vor dem Schöffengericht Göttingen angeklagt.

Der 26-Jährige hatte im vergangenen Juli auf der Landesstraße zwischen Kerstlingerode und Bischhausen mit seinem Pkw einen Kinderwagen erfasst, in dem ein sechs Wochen altes Mädchen lag. Das schwer verletzte Baby wurde mit einem Rettungshubschrauber in die Göttinger Uni-Klinik geflogen, wo es verstarb. Die Mutter erlitt leichte Verletzungen und einen Schock.

Die 35-Jährige war mit ihrem Baby und zwei Hunden spazieren gewesen, als am Ortsausgang von Kerstlingerode plötzlich ein Auto auf sie zukam und den Kinderwagen am Straßenrand erfasste. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft soll der Unfallfahrer betrunken und abgelenkt gewesen sein. Die Untersuchungen hätten einen Alkoholverwert von 1,26 Promille ergeben, sagte Behördensprecher Andreas Buick. Außerdem soll der 26-Jährige zur Unfallzeit mit seinem Smartphone hantiert und Musik gehört haben. Er blieb bei dem Unfall unverletzt.

Die Polizei hatte damals bei ihm eine Blutprobe angeordnet und seinen Führerschein sichergestellt. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurden außerdem das Auto und das Smartphone des Fahrers beschlagnahmt. *pid*

## Corona-Hilfe: Viele Fälle von Betrug

**Oldenburg.** Die Staatsanwaltschaft in Oldenburg hat in mehr als 30 Fällen Ermittlungen wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug bei Corona-Soforthilfen eingeleitet. Die Behörde reagierte auf entsprechende Strafanzeigen von Banken. Die Geldinstitute hätten bei der Antragstellung beziehungsweise der teils bereits erfolgten Auszahlung der Soforthilfe Auffälligkeiten festgestellt, teilte die Ermittlungsbehörde am Montag mit.

Die Fördersummen bewegen sich den Angaben zufolge meist zwischen 2400 und 9000 Euro. In einem Einzelfall soll aber auch ein Kredit in Höhe von 30 000 Euro bewilligt und ausbezahlt worden sein. Subventionsbetrug kann mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden. Anders als beim Tatbestand des Betruges setze Subventionsbetrug keinen Schaden voraus. Es reichten bereits unrichtige Angaben subventionserheblicher Tatsachen, die vorteilhaft für den Antragsteller seien.

### GEWINNZAHLEN

Gewinnquoten	
Lotto am Samstag	
Klasse 1: 0-mal	Jp.: 21858147,50 €
Klasse 2: 4-mal	425437,90 €
Klasse 3: 109-mal	7806,20 €
Klasse 4: 1023-mal	2495,20 €
Klasse 5: 6010-mal	141,50 €
Klasse 6: 51339-mal	33,10 €
Klasse 7: 102745-mal	16,50 €
Klasse 8: 870799-mal	8,70 €
Klasse 9: 731669-mal	5,00 €

**Keno**  
Gewinnzahlen: 5, 8, 10, 13, 17, 18, 19, 24, 33, 34, 41, 44, 48, 51, 53, 56, 60, 63, 64, 68  
Plus 5: 7, 5, 3, 8, 5 OHNE GEWÄHR

# Das Land entdeckt den Artenschutz

Dreierpakt: Regierung, Umweltschützer und Landwirte wollen sich gemeinsam mehr engagieren

Von Michael B. Berger

**Wunstorf.** Auf dem Blühstreifen einer alteingesessenen niedersächsischen Bauernfamilie in Wunstorf haben am Montag Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), zwei Landesminister und viele andere Akteure einen Vertrag unterzeichnet, der den Arten- und Naturschutz auf besondere Art fördern soll.

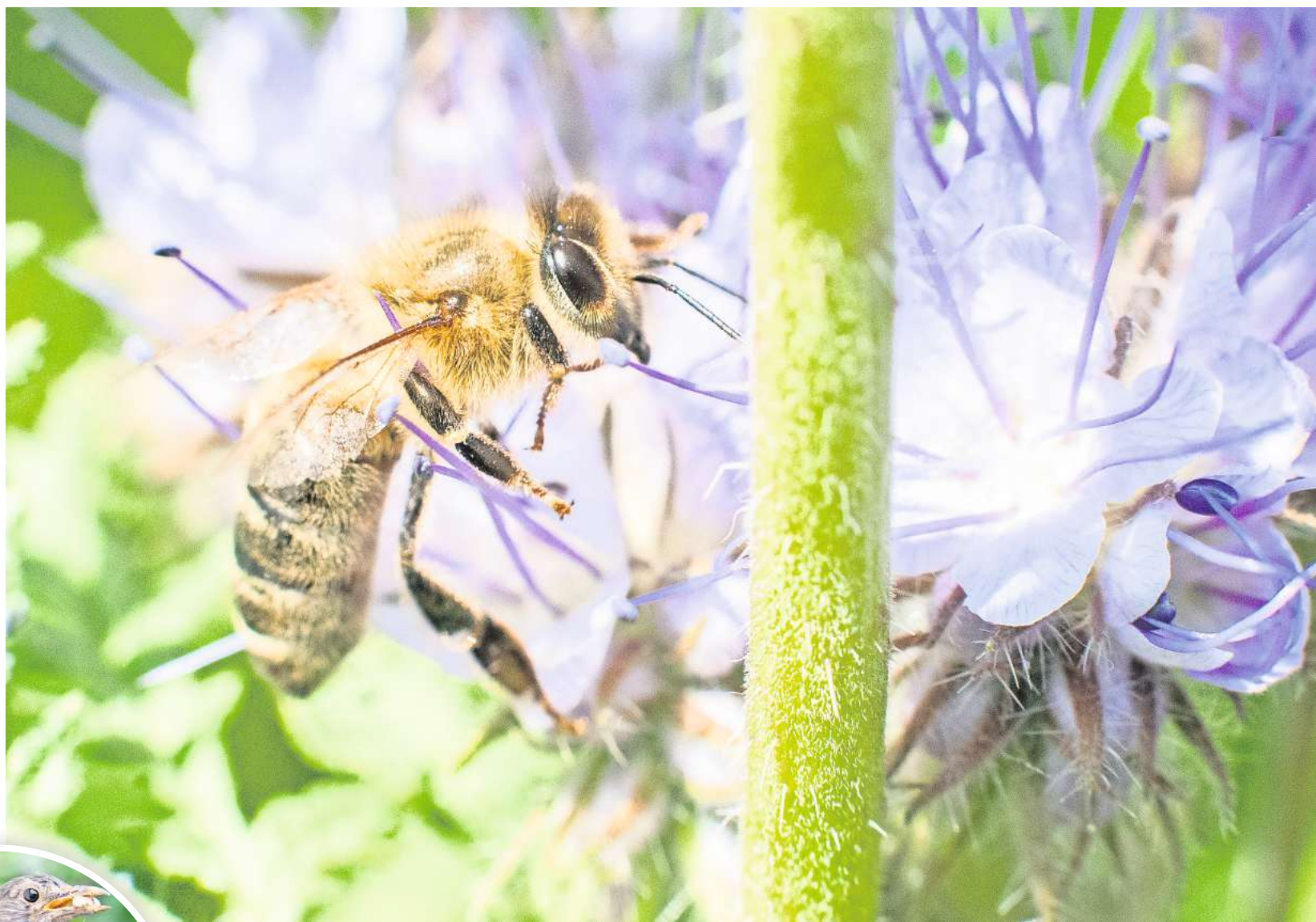
Wenn die Landesregierung sich von dem unterzeichneten Abkommen auch keine blühenden Landschaften wie nach der deutschen Vereinigung verspricht, so doch handfeste Ergebnisse von Verbänden. Der Bund für Naturschutz und Deutschland (Nabu) und der Landvolkverband stehen sich sonst eher skeptisch gegenüber. Für den Artenschutz rücken sie zusammen. „Dieser gemeinsame Schulterschluss ist ein großer Erfolg für den Umweltschutz in Niedersachsen“, lobte der Ministerpräsident.

### Es ist ein Anfang

Monatelang hatten zuvor Umweltminister Olaf Lies (SPD), Agrarministerin Barbara Otte-Kinast (CDU), der Nabu und die Vertreter der Landwirtschaft verhandelt. Die Ankündigung des Nabu von Anfang März, gemeinsam mit den Grünen ein Volksbegehren für mehr Artenschutz zu starten, sorgte für ein heftiges Zähneknirschen bei den Vertragspartnern – sogar unter den Umweltschutzverbänden, weil nicht alle den Zeitpunkt für besonders geschickt hielten.

„Aber ohne die Ankündigung dieses Volksbegehrens wären wir heute nicht so weit gekommen“, sagt der Nabu-Landesvorsitzende Holger Buschmann. Das neue Abkommen sei erst ein „Start-, aber noch kein Endpunkt“. Entscheidend sei, sagt Landvolk-Vizepräsident Holger Hennies, dass man über die angepeilten Ziele und Mittel „auf Augenhöhe“ verhandelt habe. Vereinbart wurden unter anderem:

■ **Breitere Gewässerrandstreifen:** Entlang der Gewässer dürfen weder Dünger noch Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. An großen Flüssen müssen diese Schutzstreifen zehn Meter breit sein, an kleinen Flüssen fünf und an Bächen drei Meter – in Ausnahmefällen reicht ein Meter. Dafür muss das Wassergesetz angepasst werden, und die Bauern, die weniger Fläche bewirtschaften können, bekommen Ausgleichszahlungen – der Naturschutz wird also honoriert. „Das wird finanziert durch eine Erhöhung der Wasserentnahmegebühr“, erläuterte Umweltminister Lies. Dies bedeute aber für die Bürger eine nur geringe Erhöhung, durchschnittlich im einstelligen Euro-Bereich pro Jahr.



Die Flora, die Fauna und das Habitat: Mit dem „Niedersächsischen Weg“ haben sich die Landesregierung, Naturschützer und Bauern auf verbindliche Ziele für einen besseren Schutz der Natur verständigt.

FOTOS: JULIAN STRATENSCHULTE/DPA



■ **Besondere Naturschutzgebiete:** Seit 1992 schon fordert die Europäische Union die Einrichtung sogenannter Natura-2000-Gebiete zum Schutz gefährdeter wildlebender heimischer Pflanzen- und Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume. Weil auch Niedersachsen damit im Verzug ist, droht die EU der Bundesrepublik Bußgelder an. Das Land will jetzt mehr Tempo machen und für die nächsten drei Jahre jeweils zusätzlich 30 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen. Bis 2025 will es damit etwa 15 zusätzliche ökologische Stationen schaffen, die sich um die Gebiete kümmern.

■ **Mehr Bio:** Der Anteil des Ökolandbaus soll von derzeit knapp 5 Prozent bis 2025 auf 10 Prozent wachsen, bis 2030 sogar auf 15 Prozent. Dies soll durch gezielte Förderung (auch der EU) geschehen. Einschränkung heißt es, es müsse die Entwicklung des Marktes beobachtet werden.

### Wildgebiet im Solling

Alle Roten Listen der bedrohten Arten Niedersachsens müssen außerhalb überarbeitet und aktualisiert werden. „Das ist bitter notwendig, denn wir haben nur wenige und schlechte Dateien“, sagte Nabu-Chef Buschmann, der jetzt beobachten will, ob die vereinbarten Maßnahmen auch beschlossen und in Gesetze gegossen werden. Ferner soll im Solling bis 2028 ein 1000 Hektar großes Wildnisgebiet entstehen.

„Es liegt viel Arbeit vor uns, wir haben aber entscheidende Leitplanken gesetzt“, sagte Umweltminister Lies. Das sei letztlich „die Skizze, an der wir weiterarbeiten“, meinte Agrarministerin Otte-Kinast. „Entscheidend ist, dass man auf Augenhöhe spricht“, erklärte Landvolk-Vize Hennies.



Ministerpräsident Stephan Weil.

### KOMMENTAR

## Drohkulisse



Von Michael B. Berger

Sowie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, schafft ein einziger Blühstreifen noch kein Landesbiotop. Und im selbst ernannten Agrarland Nummer eins sind Blühstreifen nicht immer erwünscht, sie rauben einer straff organisierten Landwirtschaft die Fläche – ein klassischer Nutzungskonflikt. Den will Niedersachsens Landesregierung nun lösen und hat sich auf einen mühsamen, doch richtigen Weg begeben. Denn es ist allemal ratsamer, Landwirte als Partner für den Naturschutz zu gewinnen, als sie zu verdammen und unnötige Fronten aufzubauen.

Doch die Bewährungsprobe für die von Umweltminister Olaf

Lies (SPD) als „niedersächsischer Weg“ beschriebene Route kommt noch. Viele der vereinbarten Maßnahmen müssen finanziert werden, Kompromisse auch noch bei bereits vereinbarten Zielen gefunden werden, etwa bei den verbreiterten Streifen an den Rändern von Gewässern. In manchen Gegenden kann ein drei Meter breiter Naturstreifen, der nicht mit Dünger oder anderen Mitteln bearbeitet werden darf, schon ein großes Hindernis für die Landwirtschaft bedeuten. Deshalb sollen Ausnahmen erlaubt sein. Aber allzu viele Ausnahmen darf es auch nicht geben. Das heißt viel Arbeit im Detail.

Das von den Grünen und dem Nabu gemeinsam eingeleitete Volksbegehren kann man als unfreundlichen Akt begreifen (so tun es die meisten der Verhandlungspartner) oder auch als Drohkulisse. Wie es scheint, war diese Drohkulisse vorerst erfolgreich – denn immerhin gibt es jetzt einen Plan. Jetzt muss sich der nur noch mit Leben füllen.

## Gerhard Schröder hat eine neue Agenda

Immer dienstags: Der Altkanzler startet einen Podcast – ein alter Freund stellt die freundlichen Fragen

Von Sven Gösmann

**Hannover/Berlin.** Die Stimme ist wie für das Medium gemacht: Sonor, verträumt, mit dem unverwechselbaren Zungenschlag spricht hier einer, den man seit Jahrzehnten aus der Politik kennt. Unverkennbar Gerhard Schröder. Der sozialdemokratische Altkanzler startet an diesem Dienstag als einer der ersten deutschen Spitzenpolitiker seine eigene Podcast-Reihe auf gängigen Plattformen wie Spotify oder Apple Podcasts: „Gerhard Schröder – Die Agenda“. Unter dieser Anspielung auf seine größte, vor allem innerhalb der SPD aber auch umstrittenste politische Leistung macht es der 76-Jährige nicht.

Auch ansonsten ist die Auftaktfolge zu der vorerst auf acht Episoden angelegten Reihe Schröder pur. Er teilt gewohnt kernig aus: der ukrainische Botschafter, der ihn als

„Top-Lobbyisten“ des russischen Präsidenten Wladimir Putin bezeichnet hatte? Für Schröder nur ein namenlos bleibender „Zwerg“.

### Von Zwergen und Riesen

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ist für ihn dagegen in der Corona-Krise eher ein Riese: „Er macht einen strammen Job, sehr professionell.“ Seine Nachfolgerin im Kanzleramt, Angela Merkel? „Macht das ordentlich.“ Nur im „Basta“-Sagen, seiner einstigen Spezialität, könne die CDU-Frau ihm nicht das Wasser reichen. Denn Ministerpräsidenten, das

wisse er aus eigenem Handeln, seien eigentlich nur profilierungssüchtige „Zaunkönige“, könnten jedoch „auch beißen“.

Lob hält der SPD-Altkanzler auch für einen Genossen parat. Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sei „zeitweise ein bisschen fixiert auf die schwarze Null“ gewesen. Doch davon habe sich Scholz erfreulicherweise gelöst und im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise die „Bazooka“ herausgeholt.

Altkanzler Gerhard Schröder (SPD).

FOTO: FEDERICO GAMBARINI/DPA



Die sogenannten Corona-Rebellen? „Idioten gab es auf dieser Welt schon immer“, befindet Schröder knapp.

So geht das gut 30 Minuten, in denen Schröder sich in seiner Anwaltskanzlei von seinem einstigen Regierungssprecher Béla Anda freundlich befragen lässt. Man duzt sich. Kritisch ist das natürlich alles nicht, aber unterhaltsam. Schröder entdeckt mit den Podcasts nach seinem Debüt beim Business-Netzwerk LinkedIn im April nun erneut die sozialen Medien für sich. Die Zeit von „Bild, BamS und Glotze“ ist also selbst für den einstigen Internetmuffel Schröder vorbei. Direkte Kommunikation erspart unangenehme Fragen, etwa nach seinem Engagement für Russland und russische Firmen, die er in den regulären Interviews häufig barsch abwehrt.

Ab jetzt immer dienstags.

## Spürhund erschnüffelt 300 000 Pfund

**Bad Bentheim/Osnabrück.** Zollspürhund Spike hat an der deutsch-niederländischen Grenze bei Bad Bentheim zwei mutmaßliche Geldschmuggler enttarnt. Beamte des Hauptzollamts Osnabrück hatten bei der Kontrolle eines Autos Verdacht geschöpft. Als die Zollner Spike im Auto suchen ließen, zeigte der Hund ein auffallendes Interesse an der Rücksitzbank. Diese war laut Polizei mit einer zusätzlichen Wand verstärkt. In einer Werkstatt fanden die Beamten an der Armlehne ein nachträglich eingebauten Versteck, in dem sich mehrere Pakete mit insgesamt 300 000 britischen Pfund (336 000 Euro) fanden. Gegen die beiden Reisenden wurde ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Geldwäsche eröffnet.